



22. Mai 2010

Euro-Rettungsschirm **Kostet uns dieser Beschluss 148 Milliarden?**

Berlin - Grünes Licht für das größte Rettungspaket aller Zeiten.

Gestern stimmten Bundestag und Bundesrat dem Euro-Rettungsschirm zu. Er sieht bis zu 750 Mrd. Euro Hilfen für überschuldete Euro-Staaten vor. Deutschland beteiligt sich mit Bürgschaften bis zu 148 Mrd. Euro. In letzter Instanz haften dafür die Steuerzahler.

Finanzminister Wolfgang Schäuble: "Wir setzen auf die Stabilität unserer gemeinsamen Währung."

Doch das Milliardenpaket ist höchst umstritten - sogar im Regierungslager. Vier Abgeordnete von CDU/CSU stimmten dagegen, drei enthielten sich. Bei der FDP gab es zwei Nein-Stimmen, eine Enthaltung. Viele Parlamentarier hätten nur mit Ja gestimmt, um der Regierung eine politische Blamage zu ersparen, hieß es.

Bei SPD und Grünen gab es fast ausschließlich Enthaltungen, die Linkspartei stimmte mit Nein.

SPD-Chef Sigmar Gabriel attackierte die Koalition scharf: "Sie haben kein Ziel und Sie wissen nicht wohin mit diesem Land und mit Europa." Merkel konterte: "Es ist bedauerlich, dass die Oppositionsfractionen nicht ihrer europäischen Verantwortung nachgekommen sind."

Das Gesetz tritt in Kraft, wenn es von Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnet ist. Er will es persönlich prüfen.

Das Milliarden-Paket wird ein Fall fürs Verfassungsgericht. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler will das Gesetz per Verfassungsbeschwerde stoppen.

Diese Milliarden-Pakete gibt es bereits:

Immer neue Milliarden-Hilfen! Seit 2008 hat die Regierung 4 Rettungspakete in Höhe von insgesamt 765,4 Mrd. Euro beschlossen:

480 Mrd. Euro für Bankenrettung, davon bisher fast 30 Mrd. Euro direkt gezahlt (z. B. an die HRE). 144,4 Mrd. als Garantien. Verlust unter dem Strich 2009: 4,2 Mrd. Euro.

115 Mrd. Euro für "Deutschlandfonds", davon bisher 12,4 Mrd. Euro als Kredite/Bürgschaften an Firmen vergeben.

22,4 Mrd. Euro Kredite für Griechenland, 4,4 Mrd. bereits abgerufen

148 Mrd. Euro Bürgschaften für "Euro-Rettungsschirm"

Daran werdet Ihr gemessen, liebe Politiker! "Es wird mit mir eine Mehrwertsteuererhöhung nicht geben."

Kanzlerin Merkel laut "Spiegel Online" vom 22. 6. 09

"Wir brauchen eine Besteuerung der Finanzmärkte."

Kanzlerin Merkel am 19. Mai im Bundestag

"Ich erkläre einzelne Bereiche hier nicht für unantastbar mit einer Ausnahme: Bildung, Forschung und Ausbildung."

Außenminister Westerwelle, "Focus" 17. Mai

"Natürlich gehen wir davon aus, dass jeder seine Schulden auch zurückzahlt."

Finanzminister Schäuble, 19. Mai, Deutschlandfunk, zur Griechenland-Hilfe

"Wir wollen und müssen sparen, Steuererhöhungen stehen nicht auf dem Programm."

CDU-Generalsekretär Gröhe, "Mitteldeutsche Zeitung" 19. Mai.

"Wir sind davon überzeugt, dass das (...) Sparpaket Griechenland wieder wettbewerbsfähig macht und so keine Ausfälle entstehen."

Unions- Fraktionschef Kauder, 4. Mai, Deutschlandfunk